

■ Planung u. Bauten

Stadtentwicklungsplan Verkehr wird überarbeitet

aus SIGNAL 10/1989 (Dezember 1989), Seite 13 (Artikel-Nr: 10001047)
Senatsverwaltung für Verkehr

Mit der vorgesehenen Änderung und Ergänzung des Stadtentwicklungsplans Verkehr wird die in der Regierungserklärung verkündete neue Verkehrspolitik auf der Planungsebene umgesetzt. Die Zielvorstellungen, wonach dem öffentlichen Personennahverkehr, dem Fahrradverkehr und den Fußgängern Vorrang gewährt und die negativen Folgen des motorisierten Individualverkehrs reduziert werden sollen, erfordern eine grundsätzliche Überarbeitung des vom Senat am 10. 1. 1989 beschlossenen Stadtentwicklungsplans "Verkehr (Netze)". Darüber hinaus soll der Stadtentwicklungsplan Verkehr darauf ausgerichtet werden, den Einstieg in eine ökologisch orientierte Stadtpolitik zu fördern und die Attraktivität Berlins als Wirtschaftsstandort zu sichern.

Im Rahmen des Stadtentwicklungsplans Verkehr soll damit eine integrierte Gesamtverkehrsplanung für die Stadt auf der Basis der neuen Verkehrspolitik als Grundlage für die weiteren verkehrlichen Entscheidungen erarbeitet werden. Im Vordergrund stehen dabei: - ein Parkraumkonzept für die Stadt, weitere Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität des ÖPNV, Überarbeitung des Hauptverkehrsstraßennetzes unter Berücksichtigung der aufzuzubehenden Baumaßnahmen (B 101, Nord-Süd-Straße, BAB-Verlängerung in Neukölln, Paulsternstraße), Verkehrsberuhigungsmaßnahmen außerhalb des Vorbehaltsstraßennetzes.

Die Neukonzeption des übergeordneten Straßennetzes sowie die Fortschreibung der Schnellbahnplanung werden bis zum Herbst 1989 vorgelegt, da diese als Grundlagen in das vorgesehene FNP-Änderungsverfahren einfließen sollen. Die übrigen Inhalte sollen schrittweise bis Ende 1991 vorgelegt werden. Die Öffentlichkeit wird über die einzelnen Zwischenergebnisse kontinuierlich informiert. (LPD 3.10.1989)

*

Die Entscheidung, den noch nicht einmal ein Jahr alten Stadtentwicklungsplan Verkehr zu ändern, war zwingend, wenn aus den Schlagworten "ökologischer Stadtbau» und "Vorrang für Fußgänger, Radfahrer und öffentliche Verkehrsmittel" Politik werden soll. Seit dem 9. November gibt es nun noch einen zweiten Änderungsanlaß: der Verkehr zwischen Berlin (West) und seinem Umland muß in anderem Umfang als bisher berücksichtigt werden. Doch das Erfordernis, den Verkehr weniger umweltbelastend und "flächenfressend" zu gestalten und deshalb dem öffentlichen Verkehr Vorrang einzuräumen, wird damit nicht aufgehoben, sondern verstärkt. Wenn jetzt die Neuköllner SPD und - unter dem Einfluß der Tiefbau- und Autolobby in seiner Verwaltung - Bausenator Nagel die "aufzuzubehende Baumaßnahme BAB-Verlängerung in Neukölln" nicht mehr aufgeben wollen, dann gefährden sie die neue Verkehrspolitik, bevor sie überhaupt richtig begonnen hat. Umso bemerkenswerter ist ein Kommentar von Verkehrssenator Wagner zu der neuen Autobahndiskussion: Mit einer Autobahnverlängerung werden die Probleme nur

verlagert, nicht gelöst.

Dieser Artikel mit allen Bildern online:

<http://signalarchiv.de/Meldungen/10001047>.

© GVE-Verlag / signalarchiv.de - alle Rechte vorbehalten